

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Danken möchte ich zuerst Herrn Finanzbürgermeister Gangl und unserem Stadtkämmerer Herrn Pflum für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfs.

In der Bundespolitik, aber auch hier in der Kommunalpolitik gibt es zu stark die Tendenz die Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung hervorzuheben. Das halte ich für falsch. Jedes Fahrzeug das nur gebremst wird, bewegt sich nicht von der Stelle. Man muss auch das Gaspedal betätigen, wenn man von der Stelle kommen will. Das Gaspedal in einer Gemeinde sind die Investitionen in die Zukunft, die durchaus, wenn erforderlich Kredit gestützt sein können.

Schon 1878 schrieb der Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein den Schuldenbremsenideologen ins Stammbuch:

„ Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“

Carl Christan von Weizsäcker sagt: - ich zitiere-

„Sparsam und fleißig zu sein, ist gewiss eine Tugend für den Einzelnen, über seine Verhältnisse zu leben und hohe Schulden zu machen, gewiss ein Laster. Aber es ist gefährlich, diese Tugendlehre auf ganze Staaten „– und ich füge hinzu auf Kommunen r.p.- „ zu übertragen“.

Carl Christian von Weizsäcker ist im übrigen der linken Ideologie unverdächtig. Er ist Mitglied der Grundsatzkommission der FDP.

Und ich möchte noch den amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith zitieren

„Es ist nicht so lange her, dass Leute, die sich im Sinne elementarsten gesunden Menschenverstandes äußerten, als etwas exzentrisch, irrational, ja leicht geistesgestört angesehen wurden. Dieses Risiko geht noch heute (...) jeder ein, der sich dem gegenwärtigen politischen Kreuzzug gegen das Haushaltsdefizit – also den Überschuss sämtlicher Staatsausgaben über die Staatseinnahmen – widersetzt.“

Die hier erneut vorgebrachte falsche Behauptung, der Haushalt sei mit dem eines privaten Haushalts oder eines Unternehmens vergleichbar, die schließlich auch langfristig nicht mehr Ausgeben als Einnehmen könnten, ist aus meiner Sicht nur ein Scheinargument. Der Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Merk von der Universität Siegen sagt dazu: „Denn erstens ist die öffentliche Verschuldung eine Kreditsumme, die wir Bürger und Institutionen wie Banken und Versicherungen- uns selbst schulden. Demgegenüber sind private Schulden Forderungen zwischen verschiedenen Wirtschaftseinheiten. Nur eine äußere Staatsschuld ist daher mit den Maßstäben der betriebswirtschaftlichen Finanzierungslehre zu betrachten. Zweitens muss eine öffentliche Schuld nicht unbedingt zurückgezahlt werden; das Staatsvolk als Schuldner hat theoretisch eine ewige Lebensdauer. Die fälligen Anleihen könnten durch immer wieder kehrende Neuausgaben von Papieren abgelöst werden.“

Wenn der Jahresabschluss 2011 so positiv ausgefallen ist, wie vom Finanzbürgermeister dargestellt, dann gewiss nicht wegen der sogenannten „Konsolidierungsmaßnahmen“, die in den beiden letzten Jahren alle Fraktionen gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen haben. Der Jahresabschluss ist so positiv ausgefallen, weil die Exportwirtschaft brummt und daher die Gewerbesteuern zugelegt haben. Ihre Maßnahmen wie etwa die externe Vergabe der Reinigungsarbeiten, die Erhöhung der Gebühren im Kinderbetreuungsbereich, bei den Bädern oder auch in der Musikschule haben die Binnenkaufkraft geschwächt und die Basis für höhere Steuereinnahmen untergraben. Denn es ist klar die höhere Ausgabe für Kindergarten, für Musikunterricht, etc. lässt bei Eltern mit unterdurchschnittlichen Einkommen den Betrag senken, den sie sonst für Konsum ausgegeben hätten.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 entspricht in seinem Investitionsteil nicht den Erfordernissen der Entwicklung unserer Stadt.

Aber um mit dem Positiven anzufangen. Ich finde es zunächst gut, dass in die Entwicklung neuer Sportstätten investiert wird. Das waren wir unseren Sportvereinen und ihren zahlreichen, auch sehr erfolgreichen, Mitgliedern schuldig.

Ich finde es ausgesprochen gut, dass die Stadt auch Geld in die Hand genommen hat, um die Mehrheit der Stadtwerke zu erwerben. Ich hoffe auch, dass diese Mehrheit genutzt wird, um über Sozialtarife der Stadtwerke zu verhindern, dass die Kosten der Energiewende diejenigen bezahlen müssen, die von ihrem Einkommen nicht in der Lage sind Subventionen für Sonnenenergiedächer abzugreifen. Es wäre fatal, wenn auch in Sindelfingen junge alleinerziehende Mütter ohne Strom vegetieren müssten, wie es inzwischen hundert tausend fach in Deutschland leider bittere Wirklichkeit ist.

Ich finde auch gut, dass in ein Projekt investiert wird, um zusammen mit der Bürgerschaft Vorstellungen für die weitere Aufstellung der Stadt zu entwickeln. Für politische Schizophrenie halte ich jedoch, wenn die OB der beiden Städte Sindelfingen und Böblingen von einer gemeinsamen Stadt schwadronieren und das zugleich ein mit 100.000 € unterlegtes Projekt „Sindelfingen 2020“ eine gemeinsame Stadt überhaupt nicht zum Gegenstand der Behandlung hat. Was denn nun? Herr Oberbürgermeister!

Aber genug der Lorbeeren, ich habe auch Anregungen:.

Sindelfinger Strassen

Wenn wir uns an vielen Stellen unserer Gemeinde den Zustand der Straßen mit den vielen Schlaglöchern anschauen, dann wäre es höchste Eisenbahn, in die Instandsetzung derselben zu investieren und nicht nur für einige Notpflaster zu sorgen. Der Zustand bedroht nicht nur das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger, die mit dem Auto, sondern auch jene, die mit dem Drahtesel unterwegs sind. Aber es ist nicht ersichtlich, dass in Haushalt die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt würden, um dem Zustand abzuhelpen . Man hat gerade zu den Eindruck als ob der OB, statt über den Antrag der Grünen nach stadtweiten Einführung der 30 km-Zone abstimmen zu lassen, die 30 km- Geschwindigkeitsbegrenzung durch die faktischen Verhältnisse herbeiführen will.

Weiteren Investitionsbedarf sehe ich im Bereich der Kinderbetreuung.

Ich will gar nicht bestreiten, dass sich im Bereich der Betreuung der unter 3.Jährigen viel getan hat. Und da bin ich auch sehr der ehemaligen Familienministerin van der Leyen sehr dankbar, auch wenn ich bekanntlich einer anderen Partei angehöre. Aber hätte sie die Vorgaben nicht von oben gemacht, befürchte ich, dass

sich keine Mehrheiten im Sindelfinger Gemeinderat gefunden hätten in diesem Bereich so tätig zu werden. Im Bereich der Hortplätze besteht jedoch, wie wir von den Elterninitiativen aus Maichingen und der Kernstadt wissen, ein weiterer Handlungsbedarf. Investitionen in eine gute Betreuung unserer Kinder zahlen sich immer aus. Denn es ist immer besser und billiger in eine gute Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu investieren als Jugendvollzugsanstalten zu finanzieren.

Auch die Sindelfinger Unternehmen wissen, wenn die Eltern ihre Kinder gut betreut wissen, arbeiten diese viel produktiver. Daher stärken Investitionen in diesem Bereich auch den Wirtschafts- und Forschungsstandort Sindelfingen und ich bin sicher die Großunternehmen zahlen gerne mehr Gewerbesteuer, wenn sie die notwendigen Spezialisten mit diesem Standortvorteil nach Sindelfingen locken können.

Was für die Kinderbetreuung gilt, gilt auch für die Sindelfinger Schulen.

Ja es stimmt, es ist viel in den Schulbereich in den vergangenen Monaten investiert worden. Zum Beispiel in den Brandschutz, in Alarmsysteme im Amokfall etc.. Aber immer noch gibt es Handlungsbedarf.

In der Sommerhofenschule müssten die Toiletten erneuert werden. Im Unterrieden-Gymnasium wurde zwar inzwischen das undichte Dach repariert, aber dort gibt es ein zu kleines Lehrerzimmer, es wäre sogar ein Anbau sinnvoll, um mehr Räume für die Oberstufe zu haben. Das Gymnasium wurde bekanntlich dreizügig geplant, ist jedoch inzwischen durchgängig vierzügig. Daher reichen die Kapazitäten nicht. Die Grundschule Gartenstrasse benötigt zumindest für einen Teil der Räume eine Klimaanlage oder eine andere Lösung, weil die Kinder im Sommer unter enormer Aufheizung der Klassenräume leiden.

Mich bewegt auch die Frage der Mobilität für die Einkommensschwachen. Wir brauchen auch in Sindelfingen ein Sozialticket. Es hat sich bis zur Sindelfinger Zeitung rumgesprochen: wir haben den teuersten und unattraktivsten Verkehrsverbund in Baden-Württemberg. Darunter leiden insbesondere einkommensschwache Schichten. Wer diesen eine Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen und sich als soziale Stadt erweisen will, muss auch für eine sozialwürdige Mobilität durch ein Sozialticket sorgen.

Schließlich möchte ich daran erinnern, dass ich beantragt habe, ein kostenloses mobiles Internet in der Innenstadt bereit zu stellen. Auch dafür sind keine Mittel im Haushaltsplan vorgesehen. Das Internet ist nicht nur ein weiterer Empfangskanal wie Radio oder Fernsehen, sondern ermöglicht die aktive Beteiligung an Debatten und politischen Prozessen und generelle gesellschaftliche Teilhabe.

Ich zitiere aus meinem Antrag vom 5. Februar 2012:

„Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Zugang zum Internet ist weiterhin von wachsender Bedeutung in fast allen Lebensbereichen: Arbeitssuche, Kommunikation per Email oder in sozialen Netzwerken, Zugang zu Informationen und Wissen, Kontakt mit Behörden, Gestaltung von Freizeit und Urlaub, Beteiligung an öffentlichen Debatten, all das findet heutzutage online statt, teils auf einfacherer Weise, als auf dem konventionellen Weg. Zugang zum Internet ist somit in der heutigen Welt mitentscheidend und weiterhin an Bedeutung wachsend für das Ausmaß des Einzelnen an gesellschaftlicher Teilhabe... Allen Menschen die gleichen Zugangs- und Teilhabebedingungen durch ein möglichst niederschwelliges Angebot an Internetzugangsmöglichkeiten zu gewähren, stellt in der heutigen Welt einen Teil kommunaler Daseinsvorsorge dar.“

Aber es handelt sich nicht nur um eine soziale Frage. Von diesem Angebot würde die Gastronomie der Stadt profitieren, weil Menschen sich im Kaffee niederlassen, um ihre Emails zu checken oder in sozialen Netzwerken zu chatten. Auch für den Fremdenverkehr wäre es eine gute Werbung. Viele Kommunen in Spanien, in Skandinavien, aber auch einzelne Kommunen in Baden-Württemberg stellen kostenloses W-LAN ihren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.

Warum können wir als eine moderne Stadt nicht mit zu den Vorreitern gehören?

Und zuletzt bleibt die Belebung der Innenstadt auf der Tagesordnung. Da sehe ich im Haushalt nur die Ausgaben für die Neugestaltung des Marktplatzes. Auch ich habe kein Patentrezept um das Problem zu lösen. Aber ich weiß, wenn der Gemeinderat den beantragten Ausbau von Breuninger genehmigt, dann wird die Innenstadt noch öder als sie schon ist. Daher sollten wir dazu keine Zustimmung geben und diesbezüglich auf den hiesigen Gewerbeverein hören. Vielleicht müsste man darüber nachdenken, ob die Stadt statt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu fördern, zusammenhängende Grundstücke in der Innenstadt erwirbt, um sie gezielt an Einzelhandelsfachgeschäfte zu vermieten. Denn offensichtlich setzen sich, wenn das dem freien Markt überlassen bleibt, nur die Billigfrisöre und 1-Euro-Läden durch. Die Anziehungskraft der Innenstadt leidet darunter und auch jene Fachhändlerinnen und Fachhändler werden auf Dauer vergrault, die bisher noch gegen Konkurrenz der Wiese tapfer die Stellung halten.

Ich habe einige Punkte aufgezählt, bei denen meiner Ansicht nach Handlungsbedarf besteht, der nicht durch den Haushaltsentwurf abgedeckt ist. Ich glaube nicht, dass es überzogenen Forderungen sind.

Und wenn Sie trotz meiner einleitenden Zitate immer noch mit der schwäbischen Hausfrau kommen, die nur ausgibt, was sie einnimmt, dann sage ich Ihnen, man kann auch dafür sorgen, dass mehr Einnahmen ins Haus kommen. Im Gegensatz zu den meisten Fraktionen denke ich hierbei nicht an Gebührenerhöhungen für Bürgerinnen und Bürger.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich den Gewerbesteuersatz anheben will. Am besten von 370 auf 390 v.H., wie in Esslingen. Damit wären wir noch weit unter den 430 v.H. die Mannheim dem Benz abverlangt.

Ich habe keine Angst mich mit dem Unternehmen mit dem Stern anzulegen. Wenn das Unternehmen seinem Vorstandsvorsitzenden von einem zum anderen Jahr das Jahresgehalt auf 8,8 Millionen verdoppeln kann, dann wird es durch eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes gewiss nicht arm. Der Stadtratskollege Ayse wird die Erhöhung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer anrechnen können, hat also keinen Schaden, auch wenn er immer heftiger gegen meinen Vorschlag protestiert als das angesprochene Unternehmen.

Ich meine, es gibt eine Alternativen zu der hier vertretenen Mehrheitspolitik, so wie sie in den Entwurf des Haushaltsplans gemeißelt ist. Die Alternative sind notwendige Zukunftsinvestitionen für Sindelfingen, die auch durch eine entsprechende Erhöhung der Gewerbesteuer zu finanzieren sind. Ich glaube für die Demokratie ist es wichtig, dass sich auch im Gemeinderat andere Meinungen artikulieren. Daher bin ich gerne Opposition. Denn auch hier gilt: Veränderung beginnt mit Opposition.

Ich freue mich also schon auf die Haushaltsberatungen.